

Südafrika hofft auf ein kleines Wunder

Das Land, das den G20-Gipfel abhält, will zeigen, dass man auch ohne die USA verhandeln kann

Es gibt einige Premieren bei dieser G20-Präsidentschaft: Das erste Mal hat mit Südafrika ein afrikanisches Land den Vorsitz und das erste Mal boykottiert mit den USA ein Mitgliedsstaat das Gipfeltreffen. Deshalb wird es wohl auch erstmals keine zeremonielle Übergabe des Vorsitzes geben und vielleicht auch erstmals keine gemeinsame Abschlusserklärung der Staats- und Regierungsspitzen. Auch wenn Südafrika noch hartnäckig auf ein kleines Wunder hofft. „Wir werden grundlegende Entscheidungen zu Themen treffen, die die Menschen weltweit betreffen“, auch in Abwesenheit der US-Delegation, kündigte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa an. Und Außenminister Ronald Lamola bekräftigte, die Institution G20 dürfe nicht „durch jemanden blockiert werden, der abwesend“ sei. Südafrika wolle die Länder, die am Wochenende am G20-Gipfel in Johannesburg teilnehmen, von der Notwendigkeit einer Erklärung überzeugen. Er glaube fest daran, dass die anwesenden Staats- und Regierungschef:innen einen Konsens erzielen könnten. „Wir denken, dass von den G20 ein Signal ausgehen kann, dass die Welt sich auch ohne die USA bewegen kann.“

Gegenentwurf zur America-First-Politik

Einfach war ein Konsens der G20 noch nie, aber diesmal scheint es nahezu unmöglich. Denn bislang galt das Konsensprinzip der G20 für unantastbar. Länder wie Brasilien unterstützen Südafrikas Position, andere wägen offenbar noch ab, inwieweit sie da-

mit einen Konfrontationskurs mit der US-Regierung provozieren. Südafrika hat in diesem Punkt mit seiner G20-Präsidentschaft Rückgrat gezeigt. Es hat an seiner Entwicklungsagenda mit den Schwerpunkten Solidarität, Nachhaltigkeit, Gleichheit festgehalten, einem Gegenentwurf zur Trumps America-First-Politik. Es fühlt sich in der Pflicht, die Arbeit der vorhergehenden G20-Vorsitze von Indien, Indonesien und Brasilien fortzusetzen, als Stimme des Globalen Südens. Und es ist entschlossen, diese erste afrikanische Präsidentschaft zum Vorteil des Kontinents zu nutzen.

Dafür braucht es eine gemeinsame Abschlusserklärung, denn die alternativen „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ fassen lediglich den Diskussionsverlauf zusammen. Das wäre angesichts des Gewichts der Themen auf der Agenda ein herber Rückschlag. Es geht um Schuldenberge, die Bildungs- und Gesundheitsbudgets auffressen, um Ungleichheit, die so ausgeprägt ist, dass sie die Demokratie gefährdet, um Länder, die der Klimakrise schutzlos ausgesetzt sind und als Rohstoffproduzenten ausgebeutet werden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Zwang in Abwesenheit zu einer praktikablen Taktik wird“, sagte Lamolas Sprecher Crispin Phiri. „Das führt unweigerlich zu institutioneller Lähmung und zum Zusammenbruch kollektiven Handelns.“

Aus südafrikanischer Sicht erscheint es so, als habe es US-Präsident Donald Trump genau darauf abgesehen. Auf den abrupten Stopp der US-Hilfen folgten höhere Zölle und nun der Boykott des G20-Gipfels. Zwar kom-

men auch die Staatschef:innen von Russland, Argentinien, Mexiko und China nicht nach Johannesburg, so viele wie noch nie, aber anders als die USA entsenden sie zumindest Vertreter:innen. „Die Tür steht weiterhin offen“, sagte Lamola. Die USA seien weiter eingeladen, wenn sie ihre Meinung ändern sollten. „Wir glauben an einen echten demokratischen Prozess“, so der südafrikanische Außenminister. Alle Meinungsverschiedenheiten mit den USA sollten am Verhandlungstisch besprochen werden. „Wir waren immer offen, die Aggression kommt von Seiten der USA“.

Kurz vor dem Gipfeltreffen hat US-Präsident Donald Trump den ohnehin feindlichen Ton gegenüber Südafrika noch verschärft.

Er werde nicht nach Südafrika reisen, weil er „die Politik der Ausrottung von Menschen für inakzeptabel“ halte, kein US-Repräsentant werde teilnehmen, solange „diese Menschenrechtsverletzungen weitergehen“. Damit spielte er erneut auf die vielfach widerlegten Fake News eines weißen Genozids in Südafrika an. Die Tatsache, dass der G20-Gipfel überhaupt in Südafrika stattfindet, sei eine Schande, so Trump. „Südafrika sollte gar nicht mehr in den Gs sein, weil das, was dort passiert, schlecht ist.“ Und sein Finanzminister Scott Bessent kündigte an, dass sich die G20 unter der kommenden US-Präsidentschaft „auf das Wesentliche konzentriert“ würden. Derzeit seien sie eher zu den „G100“ geworden. Ein Seiten-

hieb auf Südafrikas inklusiven Ansatz und die Rekordteilnahme von 42 Ländern am G20-Gipfel in Johannesburg.

Entwicklungsthemen auf die Agenda gesetzt

Ohne die südafrikanische G20-Präsidentschaft hätte Afrika wohl keine solche Aufmerksamkeit erhalten, sagt Danny Bradshaw, Professor für Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Pretoria. Südafrika habe Themen wie Schulden und Entwicklungsfinanzierung „erfolgreich weiter oben auf die globale Agenda gesetzt“. Aber für Fortschritte sind Beschlüsse notwendig. Das von Ramaphosa eingesetzte Fachgremium fordert einen Umschuldungsplan für einkom-

mensschwache Länder, für dessen Finanzierung etwa Goldreserven des Internationalen Währungsfonds verkauft werden könnten. Das G20-Rahmenwerk zu kritischen Rohstoffen unterstreicht deren Rolle als Motor für Wohlstand in Entwicklungsländern. Die G20-Umweltminister:innen, inklusive der USA, haben sich auf eine stärkere Zusammenarbeit gegen Luftverschmutzung und Umweltkriminalität geeinigt. Eine Kommission unter der Leitung von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz will die globale Ungleichheit als dringende Krise auf der G20-Agenda verankern und empfiehlt, ein Fachgremium zur globalen Ungleichheit einzurichten (s. Interview).

Südafrika konnte neue Themen setzen, doch es besteht die Gefahr, dass die Diskussionen zurückgedreht werden, wenn die USA am 1. Dezember turnusmäßig den Vorsitz übernehmen. Es sei nicht gerade schön, zu hören, man sei beim G20-Gipfel in Miami nicht willkommen, so der Vorsitzende des Afrika-Fachgremiums Trevor Manuel. „Wenn man auf diese Weise mit Traditionen bricht, hat das tiefgreifende Auswirkungen.“ Es gehe um Respekt zwischen Nationen und darum, Systeme zu entwickeln, die die Menschen voranbringen. Beides sei nun „sehr kaputt“.

Theoretisch kann Südafrika auch unter US-Vorsitz als Mitglied der G20-Troika Einfluss nehmen und seine Prioritäten vorantreiben. In der Praxis wird das angesichts des Verhältnisses beider Staaten unter Trump schwierig. Zum Glück sei man G20-Mitglied, sagte Südafrikas Finanzminister Enoch Godongwana vorsorglich. „Wir brauchen keine Einladung.“ Wenn die USA nicht wollten, dass Südafrika teilnehme, „müssten sie uns die Visa verweigern“. Auch das wäre eine Premiere.

FR 21.11.25

Von Lonnie March

So schön, so schrecklich

Johannesburg ist bekannt für seine prächtige Natur, aber auch für Verfall und Verwahrlosung, Korruption und Kriminalität. Hier sollen sich jetzt also die G20 treffen? Über eine Stadt, die scheitert, und Menschen, die das nicht hinnehmen wollen.

Von Paul Munzinger

SZ 17.11.2025

Doch, es gibt auch gute Nachrichten aus Johannesburg. Sogar aus der verrufenen Innenstadt, dem Central Business District. Manchmal schafft die Stadt es auch hier, etwas wieder in Ordnung zu bringen. So wie die Lilian Ngoyi Street, eine Lebensader der City. Die ist seit September wieder befahrbar.

Vor etwas mehr als zwei Jahren hatte eine Explosion unterirdischer Gasleitungen die Straße auf einer Länge von einem halben Kilometer aufgerissen. Autos flogen durch die Luft, 48 Menschen wurden verletzt, ein Mann starb. Es war, als hätte sich mitten in Südafrikas größter Stadt ein Tor zur Hölle geöffnet.

Nun kann man nicht behaupten, dass der Wiederaufbau reibungslos verlief. Nach den Gasleitungen explodierten auch die Kosten für die Reparatur, die Fertigstellung dauerte doppelt so lang wie geplant, 19 Millionen Rand, fast eine Million Euro, verschwanden spurlos. Aber immerhin: Die Straße ist wieder ganz. Und der Verkehr rollt über das brandneue Pflaster.

Dass die Stadt Johannesburg gerade jetzt etwas schafft, was ihr eigentlich niemand mehr zutraut, ist kein Zufall. Am kommenden Wochenende richtet sie den G-20-Gipfel der führenden Industrienationen aus, den ersten in Afrika. Donald Trump wird nicht kommen, wegen des absurden Vorwurfs, in Südafrika vollziehe sich ein Völkermord an Weißen. Xi Jinping hat auch abgesagt. Doch herausputzen kann man sich ja auch für Giorgia Meloni und Recep Tayyip Erdoğan. Und, nicht zu vergessen, für Friedrich Merz.

„So sieht es aus, wenn eine Stadt aufgibt“, titelte eine US-Zeitung gerade

Das Problem ist: Wenn man mal absieht von den Schlaglöchern und Ampeln, die rund um das riesige Konferenzzentrum im Stadtteil Nasrec repariert wurden, war's das fast schon wieder mit den guten Nachrichten. Stattdessen produziert Johannesburg Schreckensmeldungen, über Verfall und Verwahrlosung, Korruption und Kriminalität. Die Müllabfuhr kommt nicht, die Polizei hilft nicht, das Krankenhaus heilt nicht. Und aus der Leitung kommt bei vielen über Tage oder Wochen kein Wasser.

„Willkommen in Johannesburg“, schrieb das *Wall Street Journal* kürzlich. „So sieht es aus, wenn eine Stadt aufgibt.“

Johannesburg, mit seinen rund fünf Millionen Einwohnern das Herz der südafrikanischen Wirtschaft und die reichste Stadt Afrikas, steht als Gemeinwesen vor dem Kollaps. Ein Viertel des Budgets wird Untersuchungen zufolge verschwendet oder veruntreut. Dada Morero vom African National Congress (ANC) ist der zehnte Bürgermeister seit 2019. Selbst dessen Parteifreund Cyril Ramaphosa, Südafrikas Präsident, befand nach einem Besuch, die Stadt sei „keine angenehme Umgebung“.

In südafrikanischen Medien lautet eine beliebte Frage, ob Jozi noch zu retten ist. Doch Johannesburg wirft eine noch größere Frage auf: Was passiert eigentlich, wenn eine Stadt ihre Bewohner im Stich lässt?

Der Künstler William Kentridge, der vielleicht berühmteste Sohn der Stadt, wird es in seinem Atelier später so formulieren: „Johannesburg scheint mir eine Vorahnung dessen zu sein, was vielen Städten auf der Welt bevorsteht.“

In der Nacht zum 31. August 2023 brach in einem fünfstöckigen Haus mit der Adresse 80 Albert Street ein Feuer aus, das 77 Menschen tötete. Es war eine Tragödie, die Johannesburg noch mehr erschütterte als die Explosion der Lilian Ngoyi Street. Und es war ein Skandal. Denn dass die Folgen des Brandes so verheerend waren, lag daran, dass zu viele Menschen unter schlimmen Umständen in dem Gebäude gelebt hatten. Die Eigentümerin hatte es Jahre zuvor aufgegeben. Diese Eigentümerin ist die Stadt Johannesburg.

Heute ist der Backsteinbau eine Ruine. Die Mauer weist unterschiedliche Grade der Verkohlung auf, von Grau bis Tiefschwarz. Am schwärzesten ist sie im ersten Stock. Dort, wo Mike Ngulube mit seiner Familie wohnte. Ngulube, 38, ein schmaler Mann mit Ringen in beiden Ohren, steht auf der Straße vor dem Haus und zeigt auf den Balkon. „Von dort bin ich auf diesen Baum gesprungen“, sagt er. „So habe ich überlebt.“ Dann zeigt er auf ein Fenster weiter links. „Vor dieser Wohnung wurden meine Frau und meine Tochter gefunden.“

Seine Geschichte will Ngulube nicht hier erzählen. Es ist ein sonniger Tag, und Sonne verträgt seine Haut nicht mehr. Durch die Häuserschluchten der Innenstadt sind es nur fünf Minuten zu seiner neuen Wohnung, einem kleinen Raum, den er sich mit einem Freund teilt. Für mehr reicht das Geld nicht, auch wenn er Vollzeit arbeitet. Ein großer Teil geht bis heute für Arztrechnungen drauf.

Im Zimmer zeigt Ngulube seine Brandnarben. Sie überziehen die Beine, den Rücken, die Hände. Doch es gibt auch zwei Narben, die nicht von Flammen, sondern von Messern stammen. Überfälle, hier in der Nachbarschaft, am helllichten Tag. Als er zur Polizei ging, hätten die Beamten nur mit den Schultern gezuckt.

Ngulube kommt aus Malawi, einem armen Land, in dem er keine Zukunft sah. 2008 kam er nach Johannesburg. Die Innenstadt verkomme seitdem von Jahr zu Jahr mehr. Die Schlaglöcher würden tiefer, die Diebe dreister, die Polizei gleichgültiger. In seiner Wohnung waren früher die regelmäßigen Stromausfälle sein größtes Problem, heute ist es das Wasser, das nicht läuft, bis zu zwei Wochen im Monat.

Die Innenstadt war während der Apartheid ein weißes Viertel, wo Schwarze zur Arbeit kamen und abends wieder gehen mussten. Als der staatlich verordnete Rassismus 1994 endete, strömten Menschen aus den Townships in die zuvor verbotene Stadt, Einwanderer aus ganz Afrika folg-

ten. Und mit der Armut kamen viele Probleme, zumal die Weißen mit ihrem Geld weggezogen, in die nördlichen Vororte, nach Kapstadt, ins Ausland.

Für Zehntausende Menschen aus dem ländlichen Südafrika, aus Malawi, Kongo oder Nigeria aber ist Johannesburg bis heute, was es schon damals war: ein Ort, an dem es zwar Gefahren, aber auch Chancen gibt. Eine Stadt, so sagt es Mike Ngulube, „wo man etwas erreichen kann, wenn man hart arbeitet“. Und das tat er. Unter der Woche hütete er die Kühe eines Bauern, am Wochenende half er bei einem Elektriker mit. Ohne Bezahlung, er wollte lernen. Sein Plan ging auf: Er fand einen festen Job, zog in eine gute Wohnung, heiratete eine Frau aus Malawi. Ngulube war glücklich.

Er weiß, wie gnadenlos Johannesburg sein kann. Wer, wenn nicht er

Dann kam Corona. Und zerstörte, was er sich aufgebaut hatte. Während der Lockdowns gab es kaum noch Arbeit. Er musste ausziehen. Und fand ein Zimmer im ersten Stock der 80 Albert Street.

Das Haus hatte in der Apartheid die Passbehörde beherbergt, wo Schwarze sich ihren Aufenthalt in der City bewilligen lassen mussten. Danach wurde es ein Frauenwohnheim, später nutzte ein Krankenhaus den ersten Stock. Bis es 2019 von der Stadt geschlossen wurde, nachdem Obdachlose und Hausbesetzer die übrigen Stockwerke übernommen hatten. Das Haus sei zu gefährlich und unhygienisch geworden. Wegen Vernachlässigung erklärte die Stadt also ein Gebäude für unbenutzbar, das ihr selbst gehörte, und überließ es endgültig sich selbst. Und so lief es auch in vielen anderen Fällen. Man nennt diese Gebäude „vertikale Slums“.

Für das Zimmer, in dem er mit seiner Frau und der 2022 geborenen Tochter wohnte, zahlte Ngulube 700 Rand im Monat, knapp 40 Euro. Das Leben war schrecklich, sagt Ngulube. Auf den Gängen traf man Ratten und Dealer, nachts wurden sie manchmal von Schüssen wach. Im ersten Stock waren sie immerhin vor Einbrüchen sicher, an beiden Eingängen gab es Stahltüren, die nachts zugesperrt wurden. Niemand kam hinein.

In der Nacht, als das Feuer kam, verwandelten diese Türen den ersten Stock in eine Todesfalle. Niemand kam hinaus.

Ngulube erinnert sich, dass seine Frau ihn weckte. Sie habe etwas gehört. Er öffnete die Tür und stand in einer Wand aus Feuer. Dann ging alles ganz schnell. Seine Frau stürmte mit dem Kind aus der Wohnung, er stopfte Pässe und Geburtsurkunden in eine Tasche und rannte hinterher. Zum Balkon, auf den Baum, auf die Straße. Da endet seine Erinnerung.

Drei Monate lag er im Koma. Als er wieder ansprechbar war, sagten ihm die Ärzte, dass seine Frau und seine Tochter nicht

überlebt hatten. Und das war nicht alles. Die städtische Leichenhalle hatte den Körper seiner Tochter der falschen Familie übergeben, die das Kind bereits begraben hatte, auf einem Friedhof in Soweto. Dort liegt es bis heute. Das Geld für eine Exhumierung hat Ngulube nicht. Und die Stadt weigerte sich zu zahlen.

Ngulube zeigt Fotos aus dem Krankenhaus. Er sieht aus wie eine Mumie, weiß verbunden von Kopf bis Fuß. Damals habe er sich manchmal gewünscht, er wäre auch gestorben, sagt er. Manchmal wünsche er sich das noch heute. Seine Frau, vermutet er, rannte nicht zum Balkon, weil aus dieser Richtung das Feuer kam. Sie rannte weg davon, bis zur verschlossenen Sicherheitstür. Als sie und die Tochter gefunden wurden, wiesen sie keine Brandverletzungen auf. Sie waren erstickt.

Die Stadt Johannesburg machte kriminelle Einwanderer für die Zustände in den besetzten Häusern und damit auch für die Folgen des Brandes verantwortlich. In Südafrika erntet man mit so einer Behauptung bei einigen Leuten Applaus. Ngulube sieht es als Versuch, von der eigenen Schuld abzulenken. Im Haus hätten vor allem Südafrikaner gelebt. Und die Menschen, egal aus welchem Land, seien dort gewesen, weil die Stadt es zugelassen habe. „Hätte sie sich um das Haus gekümmert, wäre das alles nicht passiert“, sagt er.

Wie gnadenlos, wie gleichgültig, wie hässlich Johannesburg sein kann, das weiß wohl keiner besser als Mike Ngulube.

Doch Johannesburg kann auch wunderbar sein. In Houghton etwa, keine fünfzehn Autominuten nördlich des Zentrums. Die Straßen sind sauber, die Gärten groß, die Mauern hoch. Houghton atmet noch den sagenhaften Reichtum, der Ende des 19. Jahrhunderts nur aus einem Grund entstand: Gold. Das größte Vorkommen, das je entdeckt wurde und Südafrika über Jahrzehnte zum größten Produzenten der Welt machte. Lang her. Gold ist zwar noch da, aber so tief im Boden, dass sich der industrielle Abbau kaum lohnt. In vielen Minen schürften heute stattdessen illegale Goldsucher, per Hand, unter Lebensgefahr.

Läuft man durch Houghtons prachtvolle Alleen, glaubt man auch sofort, was Johannesburg stolz auf seiner Webseite verkündet: dass auf dem Stadtgebiet, früher eine Halbwüste, heute sechs Millionen Bäume wachsen, der größte menschengemachte Wald der Welt. Die knorrigen, einst aus Südamerika importierten Jacaranda-Bäume, blühen gerade. Houghton leuchtet lila.

Besonders gut lässt sich das von William Kentridges Atelier aus bestaunen. Es hat zwei Stockwerke, riesige Fenster und steht auf einem Hang. Kentridge sitzt auf einem geblühten Sofa, in dunklen Hosen, weichen Turnschuhen und einem weißen

Hemd, auf dessen Brust schwarze Farbspritzer zu sehen sind. Er wirkt entspannt, aber ernst. Keine schlechte Haltung, um über seine Stadt zu sprechen.

„Johannesburg, zweitbeste Stadt nach Paris“, hat er mal einen seiner aus Kohlezeichnungen animierten Kurzfilme genannt, ein ziemlich düsteres Werk. „Das war natürlich Ironie“, sagt Kentridge.

Wo der Staat versagt, werden Bewohner aktiv, mit Fleiß und Geld

Mit Apartheid-kritischen Zeichnungen und Filmen wurde Kentridge in den Achtzigern berühmt, heute ist er einer der gefragtesten Künstler der Gegenwart. 15 Mitarbeiter beschäftigt er in seinem Atelier, in Dresden und Essen zeigen sie gerade eine Retrospektive seines Werks. Kentridge hat in New York und Paris ausgestellt, in Frankfurt und Oxford gelehrt, in London und Berlin gearbeitet. Doch am Ende ist er immer zurückgekehrt in die Stadt, in der er 1955 geboren wurde: Johannesburg.

„Die großen Fragen der Welt“, sagt Kentridge, „kann man hier aus nächster Nähe betrachten.“

Kentridge wuchs als Kind von Apartheid-Gegnern auf, sein Vater verteidigte Nelson Mandela als Anwalt vor Gericht. Kentridge hat erlebt, wie viel sich seitdem in Johannesburg verändert hat. Wie sich eine schwarze Mittelschicht herausbildete, wie die Innenstadt verkam, die Mauern um die Häuser immer höher wurden. Und er hat erlebt, wie viel gleich geblieben ist. „Die weiße Mittelschicht in den nördlichen Vororten, die schwarze Bedienstete für sich arbeiten lässt: Das hat sich in mehr als 70 Jahren nicht verändert.“

Johannesburg sei beides, sagt Kentridge: schrecklich und schön. Schön seien die Bäume, das sanfte Licht im Frühjahr, die Gärten, von denen er das Glück habe, selbst einen zu besitzen. Und vor allem: die Energie einer kosmopolitischen afrikanischen Stadt, in der sich das Leben viel mehr mische als etwa in Kapstadt. Und schrecklich? Kentridge zählt auf: die Gewalt, der Mangel an Mitgefühl, die Fremdenfeindlichkeit gegenüber afrikanischen Einwanderern. Der Verfall der Infrastruktur. Die Korruption. Die furchtbare Stadtverwaltung. Johannesburg, sagt Kentridge, kollabiere.

Südafrika gilt als ungleichstes Land der Welt. Aber das Versagen der Politik in Johannesburg, sagt Kentridge, spalte die ohnehin gesplante Gesellschaft noch weiter: in diejenigen, die den Kollaps ausbaden müssen. Und diejenigen, die es sich leisten können, ihn zu umschiffen. Mit privaten Sicherheitsleuten, mit Solarpaneelen auf dem Dach, mit Brunnen, die das Grundwasser vom eigenen Garten aus anzapfen.

Kentridge gehört zur zweiten Gruppe. Aber als Problem sieht er die sperrangelweit geöffnete Schere trotzdem. Und zwar

als Problem, vor dem viele Städte auf der Welt stehen, nicht in dem Ausmaß Johannesburgs, aber doch mehr und mehr. „Wenn es um Ungleichheit geht, sind wir Weltmeister“, sagt Kentridge. „Aber alleine sind wir nicht.“

Womöglich präsentiert sich in Johannesburg aber gerade auch so etwas wie eine Lösung. Sieht man sich das öffentliche Freibad im Stadtteil Blairgowrie auf Google Maps an, dann vergeht einem die Lust auf Schwimmen. Das Wasser strahlt giftgrün. Doch die Realität hat das Satellitenbild überholt. Steht man heute vor dem Schwimmbad, strahlt es vor Sauberkeit. Die Fliesen sind frisch lackiert, das Wasser klar – und an diesem Nachmittag voller kreischender Kinder aller Hautfarben.

Lucinda Harman hat sich an einen Picknicktisch gesetzt und beobachtet die Szene mit grimmigem Stolz. Seit September ist das Freibad wieder geöffnet, nachdem es zuvor vier Jahre lang wegen Unbenutzbarkeit geschlossen war. Und das ist auch ihr Verdienst. „Es war ein Kampf“, sagt sie. „Als hätten wir das Monster von Loch Ness aus dem Pool vertreiben müssen.“

Harman, 57, ist eine kleine Frau mit strenger Brille, die so resolut auftritt, dass man sie sich gut als Leiterin einer deutschen Gesamtschule vorstellen könnte. Tatsächlich hat sie einen Job, den es in Deutschland so nicht gibt. Sie ist Ward Councillor, eine Vermittlerin zwischen den 22 000 Bürgern ihres Bezirks und der Stadtverwaltung. Harman gehört der liberalen Democratic Alliance (DA) an, die den ANC bei der Wahl im kommenden Jahr aus dem Rathaus vertreiben will. Doch als Councillor, sagt sie, müsse sie sich aus der Parteipolitik heraushalten.

Es weht gerade ein neuer Bürgergeist durch die Stadt, aber nicht überall

Sie sei ein Sprachrohr der Menschen, die sie 2023 gewählt haben, mit 94,67 Prozent, wie sie betont. Ein Verstärker für deren Sorgen und Nöte. Und davon gibt es so viele, dass Harman fürchtet, bald wegen Burn-out hinschmeißen zu müssen.

Auf der Bank neben Harman sitzt Harold Fleishman, ein 61-Jähriger mit grauem Bart und tiefer Stimme. Er arbeitet als Elektriker und engagiert sich in seiner Freizeit bei der Blairgowrie Community Association, einem Nachbarschaftsverein. Wenn Harman sagt, wir hätten das Monster von Loch Ness vertrieben, dann meint sie auch Fleishman.

In Johannesburg, sagt Harman, falle alles auseinander, weil die Stadt Tausende Menschen nur dafür bezahle, dass sie die richtigen Leute in der richtigen Partei kennen. Über Jahre trimme niemand die Bäume, bis die Äste auf Autos krachen und Stromleitungen kappen. Und weil niemand die Rohre und Wasserspeicher wartete, versickere fast die Hälfte des Trinkwassers in Ritzen und Löchern.

„Johannesburg ist auf ganzer Linie gescheitert“, sagt Harman. „Die Leute haben die Schnauze voll“, sagt Fleishman.

Also beschlossen sie, sich selbst zu helfen. Anzupacken, wenn es die eigentlich Verantwortlichen nicht tun. Im Fall des Freibads war das nicht einfach. Es liegt in einem Park, der der Stadt gehört. Da kann man nicht einfach den Rasen mähen – genauso wie man nicht einfach ein Schlagloch ausbessern kann, falls man zufällig ein bisschen Zement übrig hat. Die Stadt muss zustimmen. Was sie, sagt zumindest Harman, nur ungern tue – stelle es doch ihre eigene Unfähigkeit bloß.

Im Januar gelang es Harman, ein Treffen zwischen Vertretern der Stadt und der Blairgowrie Community Association zu organisieren. Und die Stadt genehmigte die Renovierung. Woraufhin Fleishman und seine Kollegen die Bürger um Spenden baten – und fast eine Million Rand einsammelten, etwa 50 000 Euro. Genug, um einen Spielplatz zu bauen, die Toiletten zu sanieren, einen Zaun um den Park zu ziehen. Und um den Pool in ein Becken zu verwandeln, in dem man gerne schwimmt.

„Die Menschen verstehen, dass sie einen Heimatstolz nicht nur für ihre eigenen vier Wände entwickeln müssen, sondern auch für ihre Straße, ihren Park, ihr Viertel“, sagt Fleishman.

Tatsächlich haben das offenbar nicht nur die Menschen in Blairgowrie verstanden. Ein neuer Bürgergeist weht durch Johannesburg, geboren aus Notwehr: Hilf dir selbst, sonst hilft dir niemand. Eine „Do-it-yourself-Revolution“, so nannte es die Zeitung *Daily Maverick*. Getragen von einer immer größer werdenden Zahl von Menschen, die sich auch für die Welt jenseits ihres Gartenzauns verantwortlich fühlen. Die durch ihr Viertel ziehen und den Müll aufsammeln oder Blumenbeete anlegen.

Wie hatte das *Wall Street Journal* geschrieben: „So sieht es aus, wenn eine Stadt aufgibt.“ In Johannesburg hat der Text viele geärgert. Denn die Stadt mag aufgegeben haben. Aber ihre Bürger nicht. Lucinda Harman sagt: „Die Kraft der aktiven Bürgerschaft wird Johannesburg retten.“

Ob sie auch die Innenstadt retten kann, ist allerdings fraglich. Durch das Viertel von Mike Ngulube weht der neue Bürgergeist höchstens als laues Lüftchen. So wie er haben die meisten Bewohner genug Probleme, ihre Miete zu bezahlen. Wenn aus seinem Wasserhahn kein Wasser kommt, muss er sich im Laden welches kaufen. Wenn bei ihm der Strom ausfällt, sitzt er im Dunkeln. Und wenn er überfallen wird, hat er zwei Möglichkeiten: Er geht zur Polizei. Oder er lässt es bleiben.

Den Brand in der Albert Street bezeichnete Südafrikas Präsident Ramaphosa 2023 als Weckruf. Doch passiert ist seitdem kaum etwas. Noch heute gibt es Schätzungen zufolge mindestens hundert besetzte Häuser in Johannesburg, die der Stadt gehören, aber aufgegeben wurden. Häuser, in denen jederzeit das nächste Feuer ausbrechen könnte.

Südafrika empört über G20-Ausladung Trumps

Südafrikas Staatsführung hat sich empört über US-Präsident Donald Trumps Androhung geäußert, das Land nicht zum G20-Gipfel in den USA einzuladen. Präsident Cyril Ramaphosa erklärte, sein Land heiße derartige Beleidigungen und Strafmaßnahmen nicht gut. Südafrika werde als Mitglied der G20 an dem Treffen teilnehmen. Trump hatte zuvor angekündigt, Südafrika nicht zu dem Treffen im Dezember 2026 einzuladen. Er wirft Südafrika entgegen den Feststellungen von Fachleuten vor, weiße Bauern zu verfolgen.

dpa

Rätselhafte Charterflüge nach Südafrika

52 18.11.25

Mehr als 300 Palästinenser sind vom Gazastreifen nach Johannesburg

ausgereist, offenbar über eine undurchsichtige

Firma in Israel. Hilfsorganisationen erheben gegen

diese schwere Vorwürfe – und gegen die Regierung in Jerusalem.

Kapstadt – Am Flughafen von Johannesburg werden in den kommenden Tagen reihenweise Flugzeuge mit wichtigen Gästen aus aller Welt erwartet. Südafrikas größte Stadt ist am Wochenende Gastgeber des G-20-Gipfels, der erstmals in Afrika stattfindet. Doch weit mehr als der Gipfel bewegen zwei Flüge das Land, die bereits in Johannesburg gelandet sind. Ohne Politprominenz an Bord, aber mit insgesamt mehr als 300 Palästinensern aus dem Gazastreifen, die beim Einsteigen offenbar keine Ahnung hatten, dass Ziel ihrer Reise Südafrika sein würde.

Der erste Flug erreichte Johannesburg am 28. Oktober, beförderte 176 Palästinenser und erregte kein öffentliches Aufsehen. Die Passagiere stiegen aus, erhielten Touristenvisa und verschwanden vom Radar der Behörden. Mit dem zweiten Flug, der am vergangenen Freitagmorgen auf dem Johannesburg Flughafen O. R. Tambo landete, änderte sich das grundlegend – vor allem wegen Südafrikas Präsidenten Cyril Ramaphosa. Der sprach von 160 Palästinensern, die „auf mysteriöse Weise“ in das Flugzeug gesetzt und über Kenia nach Johannesburg geflogen worden seien.

Südafrikas Regierung steht entschlossen auf Seiten der Palästinenser

Obwohl die Passagiere (nach anderen Quellen 153) nicht über die nötigen Einreisepapiere verfügt hätten, habe seine Regierung entschieden, sie ins Land zu lassen, sagt Ramaphosa. „Aus Mitgefühl“. Sie kämen aus einem vom Krieg zerrissenen Land, aus dem sie dem Anschein nach „vertrieben“ wurden. Was er damit meinte, sagte Präsident Ramaphosa nicht. Aber er kündigte eine Untersuchung an, woher, warum und von wem diese Menschen nach Südafrika gebracht worden waren. Drei Tage später steht das Ergebnis noch aus. Erste Antworten gibt es trotzdem, begleitet von schweren Vorwürfen – gerichtet an die Organisation, welche die Flüge organisiert haben soll, und an Israel.

Zunächst einmal war alles offenbar nicht so einfach, wie Ramaphosa behauptete. Die Passagiere des zweiten Flugs muss-

ten nach der Landung mehr als zehn Stunden bei großer Hitze an Bord ausharren, bevor sie die Maschine verlassen durften. Zur Begründung verwiesen die lokalen Behörden darauf, dass in den Pässen der Passagiere die sonst üblichen Abflugstempel gefehlt hätten; zudem hätten sie keine Rückflugtickets und keine Hotelbuchungen in Südafrika vorweisen können. Nach Recherchen der südafrikanischen Zeitung *Daily Maverick* handelte es sich dabei nur um ein Ablenkungsmanöver. Tatsächlich sei es darum gegangen, von den Passagieren mehr über die Hintergründe des Flugs zu erfahren – und zu prüfen, ob sich unter ihnen Hamas-Anführer befanden.

Die südafrikanische Polizei hatte dem Bericht zufolge bereits beschlossen, das Flugzeug zurückzuschicken. Erst Ramaphosas Intervention habe das in letzter Minute verhindert – und zwar nicht nur aus Mitgefühl. Südafrika ist einer der entschiedensten Unterstützer der Palästinenser. Die Regierung sieht in deren Schicksal eine Parallele zum eigenen Kampf gegen die Apartheid und wirft Israel Völkermord vor. Eine Abweisung der in Johannesburg ge-

landeten Menschen wäre unter diesen Umständen schwer zu vermitteln gewesen.

Druck auf die Regierung hatte vor allem die Hilfsorganisation „Gift of the Givers“ ausgeübt. Sie hatte Unterstützer auf dem Flughafen versammelt und angeboten, die Palästinenser mit medizinischer Hilfe und Wohnungen zu versorgen. Das nahm die Regierung schließlich an, die Passagiere konnten das Flugzeug verlassen. Einige verfügten laut Gift of the Givers über Visa für Kanada oder Australien und reisten weiter; die Mehrheit aber sei in Südafrika geblieben und privat untergebracht worden. Die Menschen seien traumatisiert und geschwächt, einige hätten Asyl beantragt.

Wenig später veröffentlichte Gift of the Givers mit anderen Organisationen ein Statement, in dem sie die Hintergründe des Flugs zusammentrugen – basierend auf Schilderungen der Passagiere. Demnach hatten diese, in dem Wunsch, den Gazastreifen zu verlassen, ihre Reise bei einer Organisation namens „Al-Majd Europe“ gebucht. In Bussen seien sie über die Grenze nach Israel gebracht worden, wo sie ihr Gepäck hätten abgeben müssen, ehe sie

zum Flughafen Ramon im Süden Israels fuhren. Dort hätten sie ein Charterflugzeug bestiegen, ohne das Ziel zu kennen.

Bei Al-Majd Europe handelt es sich laut eigener Darstellung um eine Hilfsorganisation für Palästinenser, die 2010 in Deutschland gegründet worden sei und in Ostjerusalem ihren Sitz habe; die Webseite ist mit einem Foto des Felsendoms unterlegt. Doch ob diese Angaben stimmen ist fraglich. Die israelische Zeitung *Haaretz* fand dafür keinerlei Belege. Ihrer Recherche zufolge steckt ein Mann mit israelischer und estnischer Staatsbürgerschaft hinter Al-Majd. Pro Passagier kassiere er zwischen 1500 und 2700 Dollar.

Einer Zeitung in Israel zufolge gibt es Verbindung zu einem Ministerium

Die palästinensische Botschaft in Südafrika warnte am Freitag vor Unternehmen und Organisationen, die die „tragischen und katastrophalen humanitären Bedingungen ausnutzen“, unter denen die Menschen in Gaza leben müssten, und sie durch Täuschung zur Auswanderung ermunterten. Gemeint war offenbar: Al-Majd.

Die Organisation soll enge Kontakte zu Israels Regierung halten, das würde ihre Aktivitäten brisant machen. Dem *Haaretz*-Bericht zufolge koordiniert al-Majd die Ausreise von Bewohnern Gazas im Auftrag des Verteidigungsministeriums. Imtiaz Sooliman, Vorsitzender von Gift of the Givers, nannte die Charterflüge nach Südafrika deshalb „ethnische Säuberung in Reinkultur“, die von Israels Regierung organisiert werde. Das israelische Verteidigungsministerium und Al-Majd ließen SZ-Anfragen am Montag unbeantwortet.

Einen ersten Flug mit Palästinensern organisierte Al-Majd laut *Haaretz* im Mai nach Malaysia, gefolgt von den zwei Flügen nach Johannesburg. Südafrikanische Medien spekulieren, das Land sei als Ziel aktuell womöglich besonders interessant. Denn Südafrikas Regierung könne den Menschen aus Palästina kaum die Tür weisen, ohne der eigenen Glaubwürdigkeit zu schaden – zumal vor dem G-20-Gipfel, unter den Augen der Welt. **Paul Munzinger**